

Phase 3 in der Ukraine

06.06.2022 | Scott Ritter

Keine noch so große westliche Militärhilfe hat Russland daran hindern können, sein militärisches Ziel zu erreichen und die gesamten Gebiete von Lugansk und Donezk zu Beginn der dritten Phase zu befreien.

Nach mehr als neunzig Tagen unablässiger ukrainischer Propaganda, die von den komplizenhaften westlichen Mainstream-Medien, die die Erfolge der ukrainischen Streitkräfte auf dem Schlachtfeld und die angebliche Inkompetenz des russischen Militärs preisen, gedankenlos aufgegriffen wird, stehen die Russen kurz davor, das erklärte Ziel ihrer Operation zu erreichen, nämlich die Befreiung der neuen unabhängigen Donbass-Republiken Lugansk und Donezk, die Russland zwei Tage vor seinem Einmarsch anerkannt hat.



Der russische Sieg im Donbass kommt nach wochenlangen intensiven Kämpfen, bei denen das russische Militär einen anderen Gang einlegte als in der sogenannten Phase Eins. Das war der einmonatige Eröffnungsakt, der laut dem russischen Präsidenten [Wladimir Putin](#) in seiner Ansprache am 24. Februar die Aufgabe hatte, „Aktionen im gesamten Gebiet der Ukraine mit der Durchführung von Maßnahmen zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung“ durchzuführen.

Putin sagte, das Ziel sei „die Wiederherstellung der DVR [Donezker Volksrepublik] und der LPR [Lugansker Volksrepublik] innerhalb der administrativen Grenzen der Regionen Donezk und Lugansk, was in den Verfassungen der Republiken verankert ist“.

Am 25. März [erklärte](#) der Chef der Hauptabteilung Operative Angelegenheiten des Generalstabs der Streitkräfte der Russischen Föderation, Generaloberst Sergej Rudskoy:

„Die Hauptziele der ersten Phase der Operation sind erreicht worden. Die Kampffähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte wurden erheblich reduziert, was es uns ermöglicht, unsere Hauptanstrengungen wieder auf das Erreichen des Hauptziels – die Befreiung des Donbass – zu konzentrieren.“

Laut Rudskoy waren die Ziele der ersten Phase folgende:

„Diese Schäden an der militärischen Infrastruktur, der Ausrüstung und dem Personal der ukrainischen Streitkräfte führen nicht nur dazu, dass die Streitkräfte der Ukraine gefesselt werden und keine Möglichkeit haben, ihre Verbände im Donbass zu verstärken, sondern auch dazu, dass sie dies nicht tun können, bis die russische Armee die Gebiete der DVR und der LPR vollständig befreit. Alle 24 Formationen der Landstreitkräfte, die vor Beginn der Operation bestanden, haben erhebliche Verluste erlitten. Die Ukraine hat keine organisierten Reserven mehr.“

Russland hat die erste Phase trotz der Bemühungen der USA, der NATO und der EU abgeschlossen, der Ukraine eine beträchtliche Menge an tödlicher Militärhilfe zukommen zu lassen, hauptsächlich in Form von leichten Panzer- und Flugabwehrwaffen. „Wir halten es für einen großen Fehler“, schloss Rudskoy, „dass westliche Länder Waffen an Kiew liefern. Das verzögert den Konflikt, erhöht die Zahl der Opfer und wird den Ausgang der Operation nicht beeinflussen können.“

„Äußerst schlecht“

Die bisherige Geschichte des Konflikts hat Rudskoy Recht gegeben: Keine noch so große westliche Militärhilfe hat Russland daran hindern können, sein militärisches Ziel zu erreichen, die gesamten Gebiete von Lugansk und Donezk zu befreien.

Der ukrainische Außenminister Dmitry Kuleba [gab](#) auf dem World Economic Forum in Davos zu:

„Ich möchte nicht, dass jemand den Eindruck bekommt, der Krieg sei mehr oder weniger in Ordnung. Die Lage im Donbass ist extrem schlecht.“

Vorbei sind die kühnen Verlautbarungen am Vorabend der Feierlichkeiten zum 9. Mai, als Russlands zahlreiche Gegner verkündeten, dass Rudskojs Phase-zwei-Offensive im Donbass ins Stocken geraten sei und Russland in Kürze gezwungen sein werde, von der Angriffs- in die Verteidigungshaltung überzugehen, was den Beginn eines Rückzugs bedeute, der nach ukrainischen Angaben nicht nur mit der Rückeroberung aller bisher verlorenen Gebiete, sondern auch der Krim enden werde.

Solch phantasievolles Denken ist der harten Realität gewichen, die die Propaganda ignoriert und die schmutzige Aufgabe bevorzugt, den Feind durch Feuerkraft und Manöver zu vernichten. Erschwert wurde diese Aufgabe jedoch dadurch, dass das ukrainische Militär während des acht Jahre andauernden Konflikts im Donbass, der die russische Invasion auslöste, einen Verteidigungsgürtel vorbereitet hatte, der, wie General Rudskoy in seinem Briefing am 25. März feststellte, „tief gestaffelt und technisch gut befestigt war und aus einem System monolithischer, langfristiger Betonstrukturen bestand“.

Laut Rudskoy ging den Offensivoperationen gegen diesen Verteidigungsgürtel notwendigerweise „ein schwerer Feuerangriff auf die Festungen des Feindes und seine Reserven voraus“.

Der russische Vorsprung bei der Artillerie war ein Schlüsselfaktor für den siegreichen Ausgang der zweiten Phase, da er die ukrainischen Verteidigungsanlagen pulverisierte und den Weg für die Infanterie und die Panzer frei machte, um die Überlebenden zu erledigen.

Nach den [täglichen Informationen](#) des russischen Verteidigungsministeriums verlieren die Ukrainer alle zwei Tage den Gegenwert eines Bataillons an Personal, ganz zu schweigen von zahlreichen Panzern, gepanzerten Kampffahrzeugen, Artilleriegeschützen und Lastwagen.

Mehrere Beobachter dieses Konflikts, darunter auch ich, gingen davon aus, dass auf der Grundlage einer vorausschauenden Analyse, die sich auf die grundlegenden militärischen Berechnungen der tatsächlichen und voraussichtlichen Opferzahlen stützt, die reale Erwartung bestand, dass Russland nach Abschluss der zweiten Phase mit Recht hätte behaupten können, die meisten, wenn nicht sogar alle zu Beginn der Operation festgelegten politischen und militärischen Ziele erreicht zu haben.

Die Logik diktierte, dass die ukrainische Regierung, die über kein funktionsfähiges Militär verfügt, keine andere Wahl haben würde als eine moderne Version der Kapitulation Frankreichs im Juni 1940, nachdem die deutsche Armee entscheidende Siege auf dem Schlachtfeld errungen hatte.

Während sich Russland weiterhin für einen entscheidenden militärischen Sieg in der Ostukraine positioniert, wird es sich wahrscheinlich auf die Befreiung des Donbass, die Einnahme der Landbrücke, die die Krim mit dem Festland der Russischen Föderation (über den Donbass) verbindet, und den Ausbau des Brückenkopfs von Cherson beschränken, um die Frischwasserressourcen für die Krim zu sichern, die von der ukrainischen Regierung seit 2014 abgeschnitten wurden.

Der Stand der Ziele Russlands

In seiner klassischen Abhandlung *Über den Krieg* hat der preußische Militärtheoretiker Carl von Clausewitz geschrieben, was zu [einer der ultimativen Binsenweisheiten](#) bei Konflikten zwischen Nationen geworden ist, nämlich dass „der Krieg eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist“. Dies gilt heute noch genauso wie bei seiner Veröffentlichung im Jahr 1832.

Putin formulierte zwei grundsätzliche politische Ziele für die Militäroperation:

- die Ukraine aus der NATO herauszuhalten und
- die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die NATO den Forderungen Russlands zustimmt, die in zwei Vertragsentwürfen enthalten sind, die den USA und der NATO am 17. Dezember 2021 vorgelegt wurden. Diese Vertragsvorschläge legen einen neuen europäischen Sicherheitsrahmen fest, indem sie den Rückzug der NATO-Militärmacht auf die 1997 bestehenden Grenzen fordern. Sowohl die NATO als auch die USA lehnten die Forderungen Russlands ab.

Was die militärischen Ziele anbelangt, so erklärte Putin in seiner Rede vom 24. Februar, in der er den Einmarsch ankündigte, dass Russland „die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine anstreben und diejenigen vor Gericht stellen wird, die zahlreiche blutige Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, auch gegen Bürger der Russischen Föderation, begangen haben.“

Während die Niederlage des Asow-Regiments und anderer Neonazi-Formationen während der Schlacht um Mariupol einen entscheidenden Schritt zur Erreichung dieses Ziels darstellte, kämpften mehrere tausend Neonazi-Kämpfer, die in [verschiedenen militärischen](#) und [paramilitärischen Formationen](#) organisiert sind, weiterhin an den Fronten in der Ostukraine und führen Sicherheitsoperationen in den hinteren Gebieten der Ukraine durch.

Die Entnazifizierung hat jedoch eine wichtige politische Komponente, auf die die russische Militäroperation derzeit nicht eingeht, nämlich das Fortbestehen der rechtsextremen und neonazistischen politischen Parteien in der Ukraine zu einer Zeit, in der alle anderen politischen Aktivitäten durch das Kriegsrecht unterbunden wurden.

Wenn überhaupt, hat sich die „Nazifizierung“ des ukrainischen politischen Lebens seit der russischen Invasion exponentiell ausgeweitet, wobei die Ukraine mehr unter dem Einfluss der Ideologie von Stepan Bandera steht, dem ukrainischen Nationalisten, dessen Anhänger Hunderttausende von Juden, Zigeunern, Polen und Russen töteten, während sie im Zweiten Weltkrieg an der Seite Nazideutschlands kämpften.

Während Russland früher in der Lage gewesen sein mag, sich eine politische Lösung vorzustellen, bei der die ukrainische Regierung rechtsgerichtete politische Parteien und deren militarisierte Nachkommen sah, ist es heute eine Tatsache, dass die ukrainische Regierung sich zunehmend mit der Neonazi-Bewegung [verbündet hat](#), um ihre Herrschaft angesichts der wachsenden innenpolitischen Opposition gegen einen Krieg mit Russland zu stärken.

Eine echte Entnazifizierung würde meines Erachtens voraussetzen, dass Russland die Zelensky-Regierung entmachtet und durch eine neue politische Führung ersetzt, die das russische Ziel der Ausrottung der neonazistischen Ideologie in der Ukraine aggressiv verfolgt. Bislang gibt es keine Anzeichen dafür, dass dies ein russisches Ziel ist.

Remilitarisierung

Ebenso ist die Entmilitarisierung seit der Invasion vom 24. Februar sehr viel schwieriger geworden. Während sich die von den USA und der NATO an die Ukraine geleistete Militärhilfe vor diesem Datum auf [Hunderte von Millionen Dollar](#) belief, ist diese Hilfe seit Beginn der zweiten Phase so weit angewachsen, dass sich allein die von den USA an die Ukraine geleistete Militärhilfe auf etwa [53 Milliarden Dollar](#) beläuft.

Diese Hilfe hatte nicht nur messbare Auswirkungen auf dem Schlachtfeld in Form von getöteten russischen Militärangehörigen und zerstörter Ausrüstung, sondern ermöglichte es der Ukraine auch, die zuvor von den russischen Streitkräften zerstörte Kampfkraft wiederherzustellen.

Auch wenn diese massive Unterstützung nicht in der Lage sein wird, die Unvermeidlichkeit des Umfangs und des Ausmaßes des russischen militärischen Sieges im Donbass umzukehren, so bedeutet sie doch, dass die Entmilitarisierung auch dann noch nicht stattgefunden haben wird, wenn Russland sein erklärtes Ziel der Befreiung der abtrünnigen Republiken erreicht hat. In Anbetracht der Tatsache, dass die Entmilitarisierung voraussetzt, dass die Ukraine von jeglichem Einfluss der NATO, einschließlich Ausrüstung, Organisation und Ausbildung, befreit wird, kann man zudem argumentieren, dass der russische Einmarsch die Ukraine zu einem engeren Partner der NATO gemacht hat als vor seinem Beginn.

Die rechtlichen Fragen

Wäre Russland die USA, die auf der Grundlage einer „regelbasierten internationalen Ordnung“ agieren, wäre die Frage der Überschreitung der rechtlichen Rechtfertigung für einen Konflikt kein Problem – man braucht sich nur anzusehen, wie eine Reihe von US-Präsidenten die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 vom Kongress erteilte Ermächtigung zur Anwendung militärischer Gewalt (AUMF) missbraucht haben, indem sie sie zur Rechtfertigung von Operationen, die außerhalb ihrer rechtlichen Befugnisse lagen, missbrauchten.

Eine Partei kann mit solchen Ungereimtheiten davonkommen, wenn sie, wie die USA, für die Aufstellung und Umsetzung der Spielregeln verantwortlich ist (d.h., Wladimir Putin hat sich jedoch bei

seinem Treffen mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping während der Eröffnung der Olympischen Winterspiele [auf einen politischen Kurs festgelegt](#), der vorsieht, dass Russland gemeinsam mit China die regelbasierte internationale Ordnung ablehnt, die die Vision einer unipolaren, von den USA dominierten Welt definiert, und sie stattdessen durch eine multipolare, auf der Charta der Vereinten Nationen beruhende „rechtsbasierte internationale Ordnung“ ersetzt.

Putin war sehr vorsichtig bei dem Versuch, die russische Militäroperation mit den rechtlichen Befugnissen nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen zur Selbstverteidigung zu verknüpfen. Das spezifische Konstrukt – das auf die Behauptung einer präemptiven, kollektiven Selbstverteidigung hinausläuft – beruht auf der russischen Behauptung, dass „die Streitkräfte der Ukraine die Vorbereitung einer Militäroperation zur Übernahme der Kontrolle über das Gebiet der Volksrepubliken abschließen“.

Es ist die unmittelbare Bedrohung, die von dieser angeblichen ukrainischen Militäroperation ausgeht, die Russlands Anspruch legitimiert. Tatsächlich waren sowohl die erste als auch die zweite Phase der russischen Operation speziell auf die militärischen Erfordernisse zugeschnitten, die notwendig waren, um die Bedrohung von Lugansk und Donezk durch den Ausbau der ukrainischen Militärmacht in der Ostukraine zu beseitigen.

Ein Problem ergibt sich jedoch, wenn Russland seine Aufgabe, das ukrainische Militär in der Donbass-Region zu zerstören, aufzulösen oder zu zerstreuen, erfüllt hat. Während man früher argumentieren konnte, dass eine unmittelbare Bedrohung weiterhin bestehen würde, solange die ukrainischen Streitkräfte über genügend Kampfkraft verfügten, um die Donbass-Region zurückzuerobern, kann ein solches Argument heute nicht mehr vorgebracht werden.

Irgendwann in naher Zukunft wird Russland verkünden, dass es die im Osten aufgestellten ukrainischen Streitkräfte besiegt hat, und damit die Vorstellung von der unmittelbaren Bedrohung beenden, die Russland die rechtliche Rechtfertigung für seine Operation lieferte.

Dies wurde durch die großen Erfolge des russischen Militärs auf dem Schlachtfeld möglich. Aber es wird Russland eine Reihe unerfüllter politischer Ziele hinterlassen, darunter die Entnazifizierung, die Entmilitarisierung, die dauerhafte Neutralität der Ukraine und die Zustimmung der NATO zu einem neuen europäischen Sicherheitsrahmen, wie ihn Russland in seinen Vertragsvorschlägen vom Dezember 2021 formuliert hat. Würde Russland seine Militäroperation zu diesem Zeitpunkt einstellen, würde es den politischen Sieg an die Ukraine abtreten, die dadurch „gewinnt“, dass sie nicht verliert.

Phase Drei

Die Herausforderung, vor der Russland in Zukunft steht, besteht also darin, das Ausmaß und den Umfang der dritten Phase so zu definieren, dass es die Art von rechtlicher Autorität beibehält, die es für die ersten beiden Phasen geltend gemacht hat, und gleichzeitig genügend Kampfkraft aufbringt, um seine Aufgaben zu erfüllen. Dazu gehört meines Erachtens der Sturz der Regierung Zelensky und ihre Ersetzung durch eine Regierung, die willens und in der Lage ist, die Ideologie von Stepan Bandera zu ächten. Dazu könnte auch eine Militäroperation in der Zentral- und Westukraine gehören, um die wiederhergestellten Teile des ukrainischen Militärs zusammen mit den überlebenden neonazistischen Kräften vollständig zu vernichten.

Gegenwärtig werden Russlands Maßnahmen auf der Grundlage der begrenzten rechtlichen Befugnisse durchgeführt, die Putin von der Duma, dem russischen Parlament, erteilt wurden. Einer der einschränkendsten Aspekte dieser Befugnisse besteht darin, dass sie Russlands Streitkräftestruktur auf das beschränken, was unter Friedensbedingungen zusammengestellt werden kann. Die meisten Beobachter sind der Ansicht, dass Russland an die Grenzen dessen stößt, was von diesen Streitkräften verlangt werden kann.

Jede groß angelegte Ausweitung der russischen Militäroperationen in der Ukraine, die über das von Russland in Phase eins und zwei eroberte Gebiet hinausgeht, wird zusätzliche Ressourcen erfordern, die Russland angesichts der Beschränkungen, die ihm in Friedenszeiten auferlegt werden, nur schwer aufbringen kann. Diese Aufgabe wäre praktisch unmöglich, wenn der Ukraine-Konflikt auf Polen, Transnistrien, Finnland und Schweden übergreifen würde.

Nur die russische Führung kann entscheiden, was für Russland am besten ist bzw. was als militärisch durchführbar angesehen wird. Aber die Kombination aus einem abgelaufenen rechtlichen Mandat, unerfüllten politischen Zielen und der Möglichkeit einer massiven Ausweitung des Umfangs und des Ausmaßes von Kampfeinsätzen, die möglicherweise ein oder mehrere NATO-Mitglieder einbeziehen könnten, deutet darauf hin, dass Russland unbedingt den Auftrag der dritten Phase und die Gründe für die Notwendigkeit eines solchen Auftrags darlegen muss.

Geschieht dies nicht, so besteht die Möglichkeit, dass Russland sich in eine Lage begibt, in der es nicht in der Lage ist, einen Konflikt, den es Ende Februar begonnen hat, erfolgreich zu beenden.